

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

Rückblick auf das Jahr 2023

In Anbetracht der Vorhaben der post-faschistischen italienischen Regierung unter Giorgia Meloni war die **Migrationspolitik des Jahres 2023 ein „Flop“**, wie [La Repubblica](#) verlauten lässt: Die angekündigten 10 neuen Abschiebehafenzentren (Centri di permanenza per il rimpatrio, CPR) wurden noch nicht gebaut, geschweige denn eröffnet und die Regierung plant gleichzeitig weitere 32 Millionen Euro in die Verwaltung der bereits bestehenden CPR zu investieren, die jedoch nachweislich systemische Mängel aufweisen. Zudem konnten (glücklicherweise!) nur wenige Abschiebungen durchgeführt werden und das Piantadosi-Dekret, welches beschleunigte Asylverfahren in einem geschlossenen Zentrum oder eine Kautionszahlung vorsah, wurde mehrfach für **rechtswidrig** erklärt. Das für diese Verfahren vorgesehene Zentrum in Pozzallo steht leer. Umso erfreulicher ist es, dass Italien im vergangenen Jahr keine neuen Abkommen mit Herkunftsstaaten von Migrant*innen geschlossen hat und wiederholt vom **Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verurteilt** wurde, weil Schutzsuchende – und i.B. unbegleitete minderjährige Geflüchtete – menschenunwürdigen und rechtswidrigen Situationen ausgesetzt wurden.

In einem Interview der Zeitschrift Panorama mit [Eugenio Cusumano](#), Professor für Politikwissenschaften an der Universität Messina, erklärte dieser, dass die erhöhten Ankunftsahlen 2023 auf die sozio-ökonomischen und politischen Faktoren der Herkunfts- und Transitländer zurückzuführen seien. Es müsse damit gerechnet werden, dass diese Länder auch 2024 erhebliche Wirtschafts-, Sicherheits-, Menschenrechts- und Klimaprobleme haben werden, so dass mit einem weiteren Anstieg der Ankünfte gerechnet werden müsse.

Ausblick auf das Jahr 2024

„Von Ghana bis Georgien, von Ruanda bis Albanien sucht die EU im Jahr 2024 nach Ländern, die in ihrem Namen schutzbedürftige Menschen aufnehmen“. Die **Auslagerung von Asylverfahren** in Länder außerhalb der EU sei laut der stellvertretenden Direktorin für den Bereich Europa am Migration Policy Institute, [Camille Le Coz](#), eine populäre Idee, die jedoch lediglich eine „wackelige rechtliche Grundlage“ habe. Neben der Externalisierung von Asylverfahren, wird im kommenden Jahr die zivile Seenotrettung im Mittelmeer weiter erschwert werden, die Zusammenarbeit mit Tunesien gestärkt sowie weitere Abkommen mit Marokko, Ägypten und dem Sudan verhandelt werden. Auch die Zusammenarbeit zwischen der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex und der sog. libyschen Küstenwache soll zunehmen. Besonders deutlich werden diese negativen Entwicklungen in der Einigung auf die **Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)**, mit welchem „die EU beschlossen hat, einen Status quo in Gesetze zu gießen und zu zementieren, in dem Gewalt, Vernachlässigung, Folter und das Sterbenlassen von Menschen alltägliche Praxis sind“.



Foto: [borderline-europe](#)

Bereits Ende Januar wird in Italien der Gesetzesentwurf über das Abkommen zwischen [Italien und Albanien](#) erneut verhandelt, für das die Regierung ein **Eilverfahren** beantragt hat. Außerdem wurde das Dekret "Mattei-Plan" für die Entwicklung

der Staaten des afrikanischen Kontinents vom Parlament bereits in ein Gesetz umgewandelt.

Trotz der gestiegenen Zahl an Ankünften – rund **157.000 Menschen** erreichten Italien im vergangenen Jahr – findet der italienische Innenminister **Matteo Piantedosi** einen Weg, die Migrationspolitik der italienischen Regierung als einen politischen Erfolg zu verkaufen. Er betont, dass die Ankunfts zahlen „nicht dem Ziel der von der Regierung in mehreren Richtungen eingeleiteten Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels“ entsprechen, diese aber ohne die politischen Maßnahmen der Regierung – wie die Abkommen mit Tunesien und Libyen – noch wesentlich höher gewesen wäre. Übersetzt heißt dies, dass Piantedosi die **völkerrechtswidrigen Pullbacks**, welche durch bilaterale Abkommen von Italien finanziert und angestrebt werden, als einen politischen Erfolg präsentiert. Darüber hinaus nennt er erneut zivile Seenotrettungsorganisationen als einen sog. Pull-Faktor für Migrant*innen – ungeachtet der Tatsache, dass diese Argumentation seit langem **wissenschaftlich** widerlegt wurde und bewiesen ist, dass die Anwesenheit von NGOs nicht die Zahl der Überfahrten erhöht, sondern die **Zahl der (tödlichen) Schiffunglücke verringert**. Fluchtgründe sind nach einer im August 2023 veröffentlichte **Studie** v.a. Gewalt, Armut, politische Instabilität und steigende Rohstoffpreise.

Die Lage in Tunesien

In einem neuen Bericht der **Weltorganisation gegen Folter (OMCT)** zur aktuellen Lage in Tunesien wird betont, dass **Migrant*innen wiederholt von den tunesischen Behörden an die libysche und algerische Grenze abgeschoben** werden. Basierend auf Berichten von NGOs sowie etwa 30 Interviews und Bildanalysen kommt OMCT zu dem Schluss, dass Zwangsabschiebungen und Ausweisungen nach Algerien und Libyen **regelmäßig und systematisch erfolgten** und dem Zugang zum Recht und Verfahrensgarantien diametral entgegenstünden. Seit Juni wurden laut OMCT mindestens 5.500 Personen an die libysche und mindestens 3.000 Personen an die

algerische Grenze gebracht. Dazu kommen mehr als 70.000 Personen, die auf See aufgegriffen und anschließend abgeschoben wurden (doppelt so viele in 2022). Auch Aktivist*innen des **Tunesischen Forums für wirtschaftliche und soziale Rechte (FTDES)** berichten über Massenabschiebungen und willkürliche Verhaftungen in Tunesien. Die tunesische Regierung unter Präsident Kais Saied führe eine **„Repressionskampagne gegen Migrant*innen** auf Kosten humanitärer Belange, um die europäische Erpressung zu befriedigen und einen stetigen Strom finanzieller und logistischer Unterstützung zu gewährleisten“, heißt es in einem offiziellen Statement. **FTDES** fordert daher, Massenausweisungen und die willkürlichen Verhaftungen von Migrant*innen zu beenden sowie Migrant*innen ohne Papiere einen legalen Status zu gewähren.



*Die ehemalige Unterkunft der Saisonarbeiter*innen in Campobello di Mazara, Foto: borderline-europe*

Situation der Geflüchteten

Saisonarbeit

14 Jahre nach dem **Aufstand der Saisonarbeiter*innen in Rosarno** vom 7. Januar 2010 zieht **Domenico Latino** Bilanz. Damals gingen tausende Arbeiter*innen auf die Straße, um gegen Ausbeutung und Sklaverei in der Saisonarbeit zu protestieren und ihre Rechte einzufordern. Latino kommt zu dem Schluss, dass sich 14 Jahre später an den **Bedingungen der Saisonarbeit nicht viel**

geändert hat: Noch immer ist der Sektor von Schwarzarbeit und „caporalato“ (eine illegale Praxis der Anheuerung und Ausbeutung von Arbeiter*innen) geprägt, die Unterkünfte sind prekär ausgestattet und die hygienische Situation für die Saisonarbeiter*innen ist kritisch. Es fehlt an Wasser, Elektrizität und Wärmeversorgung in den Wintermonaten und die Unterbringungen gleichen mangels funktionierender Verwaltungsstrukturen noch immer Barrackensiedlungen.

Auch [MEDU \(Medici per i diritti umani\)](#) kritisiert die Lebensbedingungen der Saisonarbeit*innen, die durchschnittlich etwa 35 Jahre alt sind und überwiegend aus den westlichen Ländern Afrikas südlich der Sahara kommen, insbesondere aus Mali, Gambia, Senegal, Ghana und der Elfenbeinküste. Rund 88% von ihnen lebt seit mehr als drei Jahren in Italien und 92% besitzen Dokumente – dennoch leben die allermeisten von ihnen in Prekarität, Ausbeutungsverhältnissen und werden von der italienischen Dominanzgesellschaft ausgegrenzt. MEDU beschreibt die **extreme Verschlechterung der Lebensbedingungen, Vernachlässigung und Illegalität in informellen Siedlungen** als „ein Symptom für ein chronisches Übel“ des italienischen Systems und fordert im Rahmen des Projekts „Open Campagne“ eine sofortige und endgültige Lösung für die Saisonarbeit.

Accoglienza - Die Unterbringung in Italien

Das italienische System der Ankunft – accoglienza – ist von [strukturellen Problemen](#) geprägt, die seit langem bekannt sind: Die meisten Menschen kommen auf Lampedusa an, werden dort im Hotspot Contrada Imbriacola innerhalb von 24 bis 48 Stunden identifiziert und registriert und anschließend auf andere Regionen Italiens verteilt (was nicht immer in diesem Zeitrahmen funktioniert). Ende Januar 2024 soll auch das Zentrum zur Identifizierung im sizilianischen Porto Empedocle fertig gestellt werden, so dass die in Lampedusa Ankommenden direkt dorthin gebracht werden können.



Lampedusa, Foto: [Enrica Tancioni auf Unsplash](#)

Da die außerordentlichen Aufnahmezentren (Centro accoglienza straordinaria, CAS) – eigentlich schon, wie der Name sagt, keine langfristige Unterbringungseinrichtung – oft **überbelegt** sind, werden Migrant*innen in mehr oder weniger formellen, **temporären Transitlagern** untergebracht, die noch weniger Standards erfüllen. Offiziell sollte das nur für wenige Tage geschehen, in Realität sitzen sie dort jedoch häufig unter „menschunwürdigen Bedingungen“ über Monate fest. Wer ohne Papiere in Italien ankommt, riskiert zudem eine Abschiebung bei Personenkontrollen außerhalb des Zentrums. Keine Papiere oder Dokumente der italienischen Behörden zu haben bedeute, keinen Zugang zu anderen, offiziellen Aufnahmesystemen zu haben. Das erleichtere Ausbeutung und Menschenhandel, kommentiert [Ciac](#) (Centro immigrazione asilo cooperazione) aus Parma. Die Ergebnisse einer Inspektion im CAS im ehemaligen Hotel Palladio di Montecatini in der Toskana illustrieren diese strukturellen Missstände: Der Abgeordnete [Marco Fufaro](#) der Demokratischen Partei (Pd) besuchte das außerordentliche Aufnahmezentrum, in dem 57 Migrant*innen, darunter 11 Kinder, untergebracht sind und berichtete dem italienischen Parlament, dass er dort eine **Situation erlebt habe „die an der Grenze des Anstands lag“** und die „eines zivilisierten Landes nicht würdig“ sei. Er beschreibt Schmutz und auffällige Räume, berichtet, dass sich Minderjährige die Räumlichkeiten mit Erwachsenen teilen müssen

und die Migrant*innen über Monate weder Geld noch medizinische Versorgung erhalten. Leider ist dies kein Einzelfall.

Prekärer Wohnungsmarkt

Aber auch für Migrant*innen außerhalb des Aufnahmesystems ist die **Unterbringung problematisch**, selbst wenn sie einen Aufenthaltstitel und einen Arbeitsvertrag haben. Das zeigt der Fall von [Alimano Fatty](#), einem 24-jährigen Migranten aus Gambia, der seit zwei Jahren nach einer Mietwohnung in Palermo sucht. Trotz eines unbefristeten Jobs und ausreichendem Einkommen wird er nach Besichtigungen häufig abgelehnt. Vermieter*innen behaupten, die Wohnung sei bereits belegt, sobald sie seine Hautfarbe sehen, berichtet Fatty. Auch der 31-jährige [Dhaker Dahou](#) aus Tunesien muss sich trotz eines Lohns von 3.000€ im Monat eine Wohnung mit Freund*innen teilen, weil er aufgrund der **rassistischen Wohnungsvergabe** keine Unterkunft bekommt. In unseren Monitoringberichten mit dem Arci Porco Rosso beleuchtet wird bereits im März in [„Das Einwohnermeldeamt – Die Titanic in der Stadt“](#) die prekäre Wohnsituation von Migrant*innen in Palermo, denen durch städtische Ämter „wichtige Rechte vorenthalten werden“.

Accoglienza Minori – Die Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter

Mit einem neuen [Urteil des EGMR](#) wurde der italienische Staat verpflichtet, einen 15-jährigen Geflüchteten **sofort** aus einer Erstaufnahmeeinrichtung in Restinco in ein Zentrum für unbegleitete Minderjährige zu verlegen. Seit Oktober 2023 wurde er gemeinsam mit Erwachsenen und unter **„unmenschlichen und erniedrigenden Bedingungen“** **rechtswidrig in Restinco festgehalten**. ASGI (Vereinigung für juristische Studien zur Migration) gelang es, die abgeschottete Einrichtung in Begleitung zweier Abgeordnete zu besuchen und dort mit einigen Jungen zu sprechen, „denen bis dahin jeglicher Rechtsbeistand verweigert worden war“ und die sich in einer ähnlichen Situation befinden.

Eine andere Einrichtung für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten in Rosolini in der Region Syrakus (Sizilien) wurde offenbar durch das Jugendgericht von Catania wegen **„Unzulänglichkeiten und der Nichteinhaltung geltender Vorschriften“** vorübergehend geschlossen und die 180 Bewohner*innen in andere Einrichtungen verlegt. Das teilte der Präsident des Jugendgerichts von Catania, [Dr. Roberto Di Bella](#), mit. Zuvor hatten bereits mehrere zivilgesellschaftliche Verbände – [ASGI](#), [Arci](#), [Cnca](#), [Defence for Children International Italia](#), [InterSos](#) und [Oxfam Italia](#) – darauf hingewiesen, dass diese Einrichtung von Gesetzes wegen nur für sehr kurze Aufenthalte vorgesehen sei. Zudem zeige sich dort ein besorgniserregender Mangel bei der Grundversorgung: Das Wassernetz gewährleiste die Verteilung von Wasser nur für drei Stunden am Tag und manchmal seien die Minderjährigen gezwungen, sich mit Wasser aus Flaschen zu waschen; außerdem stünden nur fünf Duschen (ohne warmes Wasser) und ein Dutzend Toiletten zur Verfügung, die sich im Freien befänden und oft nicht funktionieren würden.



Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, Foto: Adrian Gryczuk auf [Wikimedia Commons](#)

Die [Verbände](#) betonten außerdem, dass die schlechten Bedingungen in Rosolini auf Grundlage der **jüngsten Rechtsprechung des EGMR** eine „unmenschliche und erniedrigende Behandlung im Sinne von Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention“ darstellen könnten.

CPR: Updates zu italienischen Abschiebezentren

Behördliche Ermittlungen im CPR im [Palazzo San Gervasio \(Basilikata\)](#) führten zu **Maßnahmen gegen etwa zehn beteiligte Personen**, u.a. die Leiter*innen des Zentrums, die den Auftrag zur Betreuung des Zentrums für rund drei Millionen Euro erhalten hatten. Die Vorwürfe lauten Verleumdung und schwerer Betrug zu Lasten des Staates, Nichterfüllung und Betrug bei öffentlichen Aufträgen sowie Misshandlung von Gefangenen, Falschbeurkundungen und schwere Nötigung. Gleichzeitig wurden Durchsuchungen bei Rechtsanwält*innen und Polizist*innen wegen möglicher Fälschung und Erpressung bei der Bestellung von Verteidiger*innen durch Inhaftierte des CPR durchgeführt. Der Staatsanwalt von Potenza, [Francesco Curcio](#), kommentierte die Zustände im CPR von San Gervasio als untragbar, v.a. auch in Hinblick auf den Missbrauch des Beruhigungsmedikaments Ritrovil. Diese Verletzung der Menschenwürde und könne von den Institutionen nicht ignoriert werden. Das Ausmaß dieses Falls zeigt, wie sehr **Betrug und Gewalt zum Alltag des italienischen** Umgangs mit Migrant*innen gehören und wie gefährlich die Verwaltungshaft für Migrant*innen sein kann. Es offenbart sich ein [System](#), in welchem öffentliche Gelder verschwendet und Menschen, die ihrer Freiheit beraubt sind, missbraucht werden.

Ein weiteres tragisches Beispiel dafür ist der Fall von **Moussa Balde**, der im Mai 2021 im CPR in Torino Suizid beging. In diesem [Bericht](#) wird sein Fall noch einmal detailliert dargestellt und in einen Zusammenhang mit den **systematischen Rechtsverletzungen in italienischen CPR** gestellt. Nachdem ein Gutachten zeigte, dass die psychische Instabilität Baldes nicht medizinisch festgestellt wurde, sondern sich ein ärztlicher Bericht über ihn lediglich auf körperliche Verletzungen beschränkte, wird der Fall nun erneut von der Staatsanwaltschaft aufgerollt.

Über die **Situation im norditalienischen Gradisca d'Isonzo (Gorizia)**, wo sich sowohl ein CPR mit rund 85 Personen als auch ein Aufnahmezentrum für Asylsuchende (ehemals CARA) mit rund 650 Personen befinden, berichtet [Antonio Maria Mira](#). Inmitten von Ausbrüchen, Unruhen und Selbstmorden sei Gradisca d'Isonzo ein „schockierender Ort“ für all diejenigen, die auf ihre Abschiebung warten müssen. Am [22. Dezember 2023](#) kam es dort erneut zu **Revolten – zum dritten Mal innerhalb von 20 Tagen**. Nachdem im Abschiebegefängnis Feuer gelegt und Stromkabel durchtrennt wurden, flohen drei Inhaftierte. Zwei von ihnen wurden später von der Polizei am [Bahnhof von Monfalcone](#) gefunden, einer konnte erfolgreich fliehen. Eine weitere Person verletzte sich durch einen Fall von einer drei Meter hohen Mauer: „Natürlich ist das Thema [Abschiebung] komplex, aber es ist klar, dass eine als hart beschriebene Gefängnisstruktur für Menschen, die nur in einigen Fällen Straftaten begangen haben, sicherlich nicht angemessen ist“, kommentierte [Giovanni Sammito](#), Mitglied des nationalen Vorstands und des Provinzsekretariats Gorizia der Polizeigewerkschaft Siulp, die Situation in Gradisca d'Isonzo.



Foto: *Frames for your heart* auf [Unsplash](#)

Die Bürgermeisterin [Linda Tomasinsig](#) teilte mit, dass sie das Innenministerium gebeten habe das CPR aufgrund der schlechten Unterbringungsbedingungen für die Inhaftierten und die schweren Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter*innen zu schließen. Sie betonte

außerdem, dass im CPR zurzeit lediglich 86 der 150 Plätzen genutzt werden, da die Sicherheitskräfte für eine weitere Belegung fehlen; daher sei der massive Ausbau der CPR in allen Regionen Italiens auch nicht notwendig. Tomasinsig habe bereits zuvor nach einer dezentralen Unterbringung als Alternative für das CARA in ihrer Region gebeten, doch das Innenministerium habe die Bitten abgelehnt. Daher fordert sie nun, statt neuer CPR funktionierende Aufnahmezentren zu bauen.



Foto: *borderline-europe*

Aus dem CPR in der Via Corelli in [Mailand](#) wurde am 30. Dezember 2023 ein 42-jähriger Mann nach Tunesien abgeschoben – **ohne konsularische Bescheinigung, die ihn als tunesischen Staatsbürger ausweist**. Zudem berichtete seine Anwältin Simona Stefanelli, dass er Ende Juli inhaftiert wurde und bereits einige Zeit vor seiner Abschiebung über starke Schmerzen in der Nähe seines Herzens klagte sowie unter plötzlichen Blutdruckschwankungen litt. Trotz ständiger Bitten wurde **nie eine medizinische Untersuchung** vorgenommen. Das CPR in der Via Corelli in Mailand stand bereits im Mittelpunkt einer Untersuchung der Mailänder Staatsanwaltschaft, bei der Unregelmäßigkeiten bei der Verwaltung und unmenschliche Lebensbedingungen für die dort inhaftierten Migrant*innen untersucht wurden, wie abgelaufene Lebensmittel, Schmutz, mangelnde Hygiene, fehlende Ärzt*innen sowie Schwierigkeiten beim Zugang zu medizinischen Untersuchungen.

Lesetipp

Die Studie [„Beyond Borders, beyond Boundaries. A Critical Analysis of EU Financial Support for Border Control in Tunisia and Libya“](#) von Estela Casajuana und Giorgia Jana Pintus ist eine kritische Analyse der finanziellen Unterstützung der EU für die Grenzregime in Tunesien und Libyen und die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen: „In Tunesien umfassen die Übergriffe physische Gewalt, den Einsatz von Schusswaffen und das Entfernen von Motoren und Kollisionen zwischen Küstenwachen mit ihren stark motorisierten Booten und Booten von Geflüchteten, die dadurch oft sinken“. In Libyen hingegen, dokumentierten die Vereinten Nationen geheime Absprachen zwischen der libyschen Behörde zur Bekämpfung illegaler Migration (DCIM), der sog. libyschen Küstenwache und Milizen und Schleuser*innen. Migrant*innen werden an den Küsten abgefangen, inhaftiert, versklavt und erpresst. Sie werden oft zu Opfern von Menschenhandel, Schmuggel und Zwangsarbeit. Eine deutsche Zusammenfassung der Studie kann [hier](#) gelesen werden.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#) sowie in unserem [Streiflicht „Zonen der Rechtlosigkeit“](#).

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de

Der Scirocco erscheint im Jahr 2024 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR).

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unplash